

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Cotta (AfD)

und

Antwort

der Thüringer Staatskanzlei

Gemeldete Fälle von Diskriminierungen bei einer vereinsrechtlich organisierten Antidiskriminierungsstelle mit Sitz in Erfurt - Teil II

Am 20. Oktober 2022 erschien in der Thüringer Allgemeinen ein Interview mit der Leiterin eines Beratungszentrums gegen Diskriminierung mit Sitz in Erfurt. Diese Einrichtung ist einem Trägerverein aus Jena angehörig, welcher Fördergelder von der Landesregierung erhält und auch weiter erhalten soll (laut Haushaltsentwurf).

Im Artikel berichtet die Leiterin des Beratungszentrums über 28 Fälle von Rassismus, die seit seiner Eröffnung aktenkundig geworden seien. Außerdem gibt sie an, bei Ausländerbehörden seien Diskriminierungserfahrungen vorhanden.

Die **Thüringer Staatskanzlei** hat die **Kleine Anfrage 7/3951** vom 21. Oktober 2022 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 8. Dezember 2022 beantwortet:

1. Wegen wie vielen der 28 Fälle von angeblichem Rassismus, die bei der Beratungsstelle aktenkundig wurden, wurde ein polizeiliches Ermittlungsverfahren eröffnet?
2. Welche konkreten Straftaten beinhalten oder beinhalteten die Ermittlungsverfahren (Bitte um Auflistung der Vorschriften nach dem Strafgesetzbuch)?
3. Wurden diesbezüglich bereits Urteile gefällt oder Strafbefehle erteilt und welche Straftatbestände beinhalten diese (Bitte um Auflistung aller Urteile und Strafbefehle)?

Antwort zu den Fragen 1 bis 3:

Daten im Sinne der Fragestellung liegen aufgrund der Vertraulichkeit der Arbeit der unabhängigen Beratungsstelle in zivilgesellschaftlicher Trägerschaft nicht vor. Ob Ermittlungsbehörden im Einzelfall zu dort begleiteten Sachverhalten ermitteln, kann nicht ausgeschlossen werden, da zum Schutz der Betroffenen und Opfer keine statistisch verwertbare Zuordnung zur Beratungsstelle erfolgt. Gleiches gilt, wenn die Beratungsstelle sich im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit an die staatliche Landesantidiskriminierungsstelle in der Thüringer Staatskanzlei (LADS) oder die Polizeivertrauensstelle beim Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales wendet.

4. Wie viele Fälle von Diskriminierung durch Beschäftigte von Ausländerbehörden sind der Landesregierung für die letzten fünf Jahre bekannt?

5. Gegen wie viele Mitarbeiter der Ausländerbehörden wurden wegen Fällen nach Frage 4 Dienstaufsichtsbeschwerden eingereicht?
6. Gegen wie viele Mitarbeiter der Ausländerbehörden wurden wegen welcher Vorwürfe im Sinne der Frage 4 arbeitsrechtliche Maßnahmen ergriffen oder Sanktionen ausgesprochen?

Antwort zu den Fragen 4 bis 6:

Statistische Angaben im Sinne der Fragestellung liegen der Landesregierung nicht vor. Seitens der LADS kann im Rahmen der Einzelfallbearbeitung festgestellt werden, dass Betroffene aus Angst um ihre Aufenthaltstitel oder vor anderen Nachteilen, ein Vorgehen insbesondere gegenüber Ausländerbehörden beziehungsweise deren Mitarbeitende häufig nicht wünschen. Dabei wird auch von der Erfahrung berichtet, dass Diskriminierungsvorwürfe regelmäßig zurückgewiesen und im Zweifel keine Folgen nach sich ziehen.

Prof. Dr. Hoff
Minister